

Chancen und Herausforderungen interreligiöser Erziehung

Zusammenfassung des Vortrags von Prof. Dr. Ursula Neumann, Universität Hamburg

Frau Neumann beginnt mit einem Zeitungsbericht, in dem ein für unsere Zeit typisches Szenario beschrieben wird. Muslimische Jungen werden zunehmend religiöser, sie achten streng auf „halal“ und „haram“ bei der Klassenfahrt, sie melden sich in der Schule ab, um zum Freitagsgebet in die Moschee zu gehen. Die Lehrerin findet heraus, dass die Moschee ein Versammlungsort von Salafisten ist. Sie informiert sich daraufhin zum Thema Salafismus und hält eine Unterrichtsstunde dazu ab. Sie spricht mit den Eltern der Jungs, diese sind ratlos. Die Jungs selbst sagen, in der Moschee werde Gewaltfreiheit gepredigt. Die Lehrerin bleibt allein und verunsichert mit dem Problem zurück.

Die Situation in Hamburg: Multireligiösität und Säkularismus

Dieses Beispiel zeigt, dass die globale politische Situation Auswirkungen auf unsere Gesellschaft hat. Die Bilder in den Medien von den brutalen Kriegen v.a. im Irak und Syrien lösen bei vielen Menschen Hilflosigkeit aus, bei Jugendlichen oft auch Wut, sie wollen etwas dagegen tun. Längst hat Hamburg kein protestantisch geprägtes Stadtbild mehr, viele weitere Religionen sind sichtbar, aber es gibt auch viele Nicht-Religiöse. Die Religionslosen bilden sogar mit ca. 40% die Mehrheit, neben 34% Protestanten, 11% Katholiken, 8% Muslimen und 0,1% Juden. In dieser Situation wächst die Notwendigkeit, sich zu positionieren, was z.B. auch evangelische Kinder häufig erleben. Sie werden zu ihrem Glauben gefragt, es ist aber schwierig, in einem Umfeld, in dem die eigene Religion nicht bzw. nicht mehr selbstverständlich ist, seinen eigenen Platz zu definieren.

Das gilt analog für die muslimischen Kinder. Viele der muslimischen Eltern haben zwar eine religiöse Bindung, aber nicht unbedingt auch eine religiöse Bildung. Sie sind mit ihrer Religion als etwas Selbstverständlichem aufgewachsen, finden aber hier eine völlig andere Situation vor, nicht nur andere Religionen, sondern auch die Religionslosen. Es ist eine große Herausforderung, Kinder in einem säkularen Umfeld religiös zu erziehen, viele Eltern sind damit überfordert und setzen ihre Erwartungen in die Schulen und religiösen Gemeinden.

Was ist die Aufgabe der Lehrer_innen?

Auch für die Lehrer_innen ist die Situation eine große Herausforderung, da es nur wenig interreligiös ausgebildete Lehrkräfte gibt. Hamburg hat als einziges Bundesland das Modell des Religionsunterrichts für alle; der Unterricht steht allerdings in der Verantwortung der Ev. Kirche. Die Situation ändert sich jetzt langsam durch die Staatsverträge mit den muslimischen und alevitischen Glaubensgemeinschaften, denn auch deren Vertreter sollen künftig als Lehrer_innen beteiligt werden. Es ist ein guter Weg, der hier eingeschlagen worden ist, aber es bedarf noch weiterer Anstrengungen.

In den muslimischen Gemeinden gibt es ein anderes Verständnis von den Aufgaben einer Gemeinde als z.B. im Protestantismus. Religiöse Bildung als Aufgabe über die Koranlehre hinaus ist dort noch nicht so verbreitet; auch eine Moscheepädagogik bildet sich erst allmählich heraus. Auch hier muss qualifiziertes Personal ausgebildet werden, auch hier gibt es Anfänge z.B. mit dem Lehrstuhl für islamische Theologie und der Juniorprofessur für alevitische Studien an der Universität Hamburg.

Es lässt sich also eine allgemeine Verunsicherung feststellen. Auch die Zusammenarbeit zwischen Moscheegemeinden und Schulen ist zum Teil schwierig, weil Misstrauen und Missverständnisse vorliegen. D.h. wir müssen alle Ansätze stärken, die eine Zusammenarbeit und einen Dialog fördern.

Sieben Empfehlungen für die Stärkung des Dialogs

1. Der Interreligiösen Dialog zwischen den Institutionen Familie - Schule - Gemeinde - Staat muss gestärkt werden.

Wichtig sind geordnete Verhältnisse zwischen den Institutionen, z.B. Klärungen durch Staatsverträge für Moscheebau, Schaffung von Grabfeldern, Schulunterricht, Seelsorge in Gefängnissen. Durch eine Klärung ist es leichter, die multikulturelle Prägung der Gesellschaft nicht nur als konfliktbeladen zur Kenntnis zu nehmen.

2. Demokratische Werte müssen bewahrt werden, trotz der Kriege außerhalb Deutschlands. Religionen müssen öffentlich gelebt werden dürfen und dürfen nicht instrumentalisiert werden zur Durchsetzung von anderen Interessen, wie z.B. sozialen Positionen oder der Unterdrückung von Frauen.

3. Das Problem der zunehmenden Zahl an Flüchtlingen muss gelöst werden. Kämpfe um geopolitische Interessen haben Folgen für alle in unserer Gesellschaft. Eine Offenheit für Flüchtlingsfragen und eine Aufnahmebereitschaft wächst in Deutschland. Das muss genutzt werden.

4. Es muss sehr viel Wissen vermittelt bzw. korrigiert werden über Religionen und ihr Selbstverständnis, und zwar außerhalb und innerhalb der Religionen selbst. Es ist wichtig, dass religiöse Menschen eine fragende, durchaus auch kritische Haltung gegenüber ihrer eigenen Religion entwickeln, damit sie nicht absolut gesetzt wird, sondern dialogfähig bleibt.

5. Bildung schützt vor Feindbildern! Sie mildert rassistisches Verhalten. Alle Bildungsinstitutionen müssen logisches Denken schulen, kritisches Denken herausfordern und den Umgang mit Fragen lehren, den Dialog üben, denn Kommunikation fördert Interesse und verhindert Ängste und Abwehr von Fremdem. Den Jugendlichen muss diese Schulung zugetraut und zugemutet werden, damit sie nicht einfachen Antworten und Feindbildern folgen.

Kultur und Kunst soll man verstärkt nutzen, um interkulturelle Themen auch kontrovers in die Öffentlichkeit zu bringen (am 26. Januar 2015 läuft z.B. im Bürgerhaus Wilhelmsburg eine Theaterveranstaltung zum Thema "Dschihad für die Liebe").

6. Die politischen Rechte zur Partizipation an der Gesellschaft und ihrer Fragen müssen gestärkt werden. Man muss Zugänge und Möglichkeiten schaffen, dass auch weniger sprachgewandte Menschen sich am Dialog beteiligen können, z.B. durch Begleitung und Übersetzung.

7. Die Hoffnung nicht verlieren!

Zusammenfassung: Irene Pabst/Dörte Massow